

L-1 Unser Leben vor eure Profite! - Damit gute Arbeit für Alle endlich möglich wird

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 2. Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Wenn die CDU in Zeiten von Burnout, Pflegenotstand und wachsender Armut die
2 Ansicht vertritt, Deutschland arbeite zu wenig und den acht Stunden Tag
3 abschaffen will, offenbart das nicht nur ein fundamentales Unverständnis der
Lebensrealität von Millionen Menschen, sondern auch eine tiefe
Geringschätzung gegenüber der Arbeit der vielen Menschen, die unsere Gesellschaft
am Laufen halten.

4 Es stimmt schon, in Deutschland arbeiten wir im Durchschnitt weniger als in
5 anderen OECD-Ländern. Das Arbeiten in Teilzeit-Beschäftigungen ist
6 allerdings häufig kein Luxus, sondern ein Diktat der Notwendigkeit, Kinder
7 erziehen oder Angehörigen pflegen zu müssen: Eine Aufgaben, welche der
8 Staat und die öffentlichen Einrichtungen immer noch unzureichend wahrnehmen. In
9 den letzten 70 Jahren ist die Produktivität unserer Arbeitskraft
10 kontinuierlich gestiegen und stagnierte erst in den vergangenen Jahren. Trotz
dessen ist die Einkommensungleichheit in den letzten Jahrzehnten immer
weiter gewachsen und die Armutsrisikoquote, ausgenommen einiger Schwankungen,
deutlich gestiegen. Das zeigt sich auch darin, dass 10% der reichsten
Familien in Deutschland, zwei Drittel des gesamten Nettovermögen besitzen. Kurz
gesagt: Obwohl aus unserer Arbeitskraft immer mehr herausgeholt wird,
geht es uns nicht wirklich besser und einige wenige besitzen mehr als die breite
Gesellschaft.

11 Während sich die gesellschaftlichen Herausforderungen also zuspitzen – von
12 sozialer Ungleichheit über Inflation bis zu prekären
13 Beschäftigungsverhältnissen – kündigt auch der neue Koalitionsvertrag einen
14 gefährlichen Paradigmenwechsel an: Weg vom Schutz der arbeitenden
15 Menschen, hin zur Deregulierung des Arbeitsmarkts. Wichtige Errungenschaften der
Arbeiter*innenschaft - erkämpft von Gewerkschaften - werden in Frage
gestellt. Eine Vision für einen Sozialstaat, der gleiche Chancen für alle schafft
und Besitz gerecht verteilt, ist nicht nur weit entfernt, die
Bundesregierung arbeitet aktiv dagegen.

16 Unter dem Deckmantel von "Flexibilisierung" und "Wettbewerbsfähigkeit der
17 deutschen Wirtschaft" wird ein Rückbau sozialer Errungenschaften
18 vorbereitet. Dies ist Teil einer breiten politischen Strategie, die den
Sozialstaat Schritt für Schritt zerschneiden will: durch Leistungskürzungen,
schärfere Zugangsregeln und den Ausbau prekärer Beschäftigung - zugunsten weniger
Reicher und zum Nachteil der breiten Gesellschaft.

19 Was hier verhandelt wird, ist also mehr als nur eine Debatte über
20 Arbeitszeitregelungen. Es geht um nicht weniger als um die Zukunft des
21 Sozialstaats.

Der Sozialstaat ist keine nostalgische Idee aus vergangenen Jahrzehnten, sondern
eine Grundbedingung für eine gerechte und demokratische Gesellschaft.
Er schützt arbeitende Menschen: vor Armut, vor Ausbeutung, vor dem sozialen
Absturz.

22 Die Politik von Merz und Co. ist deshalb nichts Geringeres als Klassenkampf zu
23 Lasten der arbeitenden Bevölkerung. Als GRÜNE JUGEND stellen wir uns
dem entgegen!

24 Wir arbeiten nicht, damit einige wenige sich die Taschen voll machen können,
25 sondern kämpfen für das gute Leben für alle! Für uns steht deshalb fest,
26 dass wir nicht mehr Arbeitsstunden brauchen, sondern ein echtes soziales
Sicherungssystem, das von oben nach unten umverteilt und allen, unabhängig
von Herkunft oder Geschlecht, die gleichen Chancen ermöglicht.

27 Was wir politisch fordern:

28 1. Einen guten Mindestlohn für alle!

29 Gerade junge Menschen sind überdurchschnittlich häufig von unsicheren
30 Arbeitsverhältnissen betroffen – sei es durch befristete Verträge, unbezahlte
31 Praktika oder Jobs unterhalb des Mindestlohns. Solche Bedingungen schrecken ab
32 und lassen kaum Perspektiven für ein selbstbestimmtes Arbeitsleben. Der
33 Mindestlohn muss deshalb ohne Ausnahmen für alle gelten – auch für Minderjährige
– und in einer Höhe liegen, die ein Leben in Würde ermöglicht. Ziel
des Mindestlohns muss sein, dass niemand im Alter auf Sozialleistungen angewiesen
ist. Wir fordern daher die konsequente Umsetzung der EU-
Mindestlohnrichtlinie durch die Mindestlohnkommission.

34 Viele Studierende arbeiten unter unsicheren und schlecht geregelten Bedingungen:
35 kurze Verträge, niedrige Löhne und kaum Absicherung. Wir fordern
36 deshalb faire Vertragslaufzeiten von 24 Monaten bei mindestens 40 Stunden pro
Monat, existenzsichernde Löhne ab 16,50 € (Zahlen nach TVStud),
Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und echte Mitbestimmung.

37 Außerdem soll in Unternehmen der Lohnabstand begrenzt sein, sodass die
38 Stundenlöhne höchstens um das Zehnfache auseinanderliegen. Kein Mensch leistet
39 so viel mehr, dass ein größerer Unterschied gerechtfertigt wäre. Wenn
Führungskräfte dennoch mehr verdienen möchten, sollten sie dafür sorgen, dass
auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dieser Entwicklung teilhaben.

40 Staatliche Akteure sind hier ein besonderes Vorbild. Bei Ausschreibungen fordern
41 wir die Bundesregierung auf, ausschließlich Unternehmen mit
Tarifvertrag zu berücksichtigen und auf Landesebene setzen wir uns für einen
Landesmindestlohn ein.

42 2. Diskriminierungsfreie Arbeit und einen antirassistischer Sozialstaat

43 Migration ist eine Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Gesellschaft– ohne sie
44 lässt sich der Fachkräftemangel nicht lösen und die soziale
45 Infrastruktur nicht erhalten. Doch Migrant*innen dürfen nicht länger als billige
46 Arbeitskräfte in prekäre Jobs gedrängt werden, sondern brauchen
gleiche Rechte und echte Teilhabe. Soziale Sicherheit, politische Mitbestimmung
und starke Arbeitsrechte müssen für alle gelten – unabhängig vom
Aufenthaltsstatus.

47 Integration heißt: Arbeitserlaubnisse ab Tag eins, Zugang zu Bildung,
48 Tarifverträgen und sicheren Aufhalten. Während sich im Wahlkampf darüber
49 gestritten wurde, wer am meisten abschiebt, zeigen Zahlen der Bundesagentur der
50 Arbeit, dass wir genau das Gegenteil brauchen. Demnach müssten wir
51 400.000 Menschen im Jahr aufnehmen, die hier leben und arbeiten wollen. Die
52 Zahlen machen deutlich, dass diese Form der Spaltung nicht das Leben der
53 Menschen besser macht, sondern die Gesellschaft aktiv schwächt. Arbeitskampf muss
aber auch immer feminisisch sein: Es braucht endlich das Recht auf
flexible Arbeitszeitmodelle, die sich nach den Bedürfnissen und Interessen der
Arbeiter*innen richten. Es muss hierbei klar sein, dass diese nicht von
Müttern in Anspruch genommen werden sollten, sondern auch eine Kultur geschaffen
wird, in welcher Väter, männliche Angehörige und weitere
Bezugspersonen diese flexiblen Arbeitszeitmodelle nutzen, um Care-Arbeit
nachgehen zu können. Zudem fordern wir ein Recht auf Homeoffice.

54 Für uns ist aber auch klar: Der Gender Pay Gap muss endlich konsequent bekämpft
55 und Frauen und Männer endlich gleich bezahlt werden! Dies kann unter
56 anderem durch eine Erhöhung des Mindestlohns und durch eine Stärkung der
57 Tarifbindung erreicht werden. Zudem müssen Berufe, in denen vor allem Frauen
58 arbeiten, deutlich aufgewertet werden und dementsprechend höhere Löhne gezahlt
und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Ein weiterer Schritt,
die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern endlich zu ermöglichen, ist eine
Novellierung des Entgelttransparenzgesetzes, um endlich umfassende
Lohntransparenz zu ermöglichen.

59 Als GRÜNE JUGEND kämpfen wir zudem gegen Ableismus und für mehr Barrierearmut in
60 der Arbeitswelt. Deshalb fordern wir, dass der Mindestlohn endlich
61 auch Menschen bezahlt wird, die in sogenannten "Werkstätten für behinderte
Menschen" arbeiten. Ebenfalls fordern wir, dass das Streikrecht sowie das
Recht Gewerkschaften zu bilden, auch auf Beschäftigte in den genannten
Werkstätten ausgeweitet wird.

62 Wir fordern zudem eine Erweiterung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
63 (Antidiskriminierungsgesetz) und die Möglichkeit von Sanktionen bei
64 rassistischen, antisemitischen, sexistischen oder ableistischen Praktiken sowie
65 verpflichtende Antidiskriminierungs-Schulungen. Die rechte Hetze, die
gezielte Spaltung und Ausgrenzung fördert, gilt es entschlossen zu bekämpfen -
nur durch gemeinsamen Widerstand kann soziale Gerechtigkeit erkämpft
und der Sozialstaat für alle gerecht gestaltet werden.

66 3. Gute Ausbildung für alle!

67 Junge Menschen brauchen echte Perspektiven – und zwar unabhängig ob in
68 Deutschland geboren oder nicht. Alle sollten die Chance auf eine hochwertige
69 Berufsausbildung haben. Der zunehmende Fachkräftemangel ist kein Zufall, sondern
70 das Ergebnis politischer und wirtschaftlicher Versäumnisse: Viele
71 Unternehmen und Behörden haben jahrelang zu wenig ausgebildet und gleichzeitig
die Anforderungen an Bewerber*innen unnötig hochgeschraubt. Zudem fehlt
oft die Bereitschaft, Fachkräfte fair zu bezahlen und langfristig zu binden. Dazu
gehört eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf 80 Prozent
der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung.

72 Die Modularisierung von Ausbildungen, wie sie aktuell diskutiert wird, lehnen wir
73 entschieden ab – sie droht, die Qualität und den Anspruch
beruflicher Bildung zu verwässern und langfristig einen Zwei-Klassen-
Ausbildungsweg zu etablieren.

74 Besonders alarmierend: Weniger als jedes fünfte Unternehmen bildet heute noch
75 aus. Deshalb fordern wir eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie, bei
76 der alle Unternehmen in einen gemeinsamen Fonds einzahlen. So wird die Ausbildung
solidarisch getragen und die betriebliche Ausbildung gestärkt.
Deshalb fordern wir eine bessere Umsetzung der aktuellen Ausbildungsgarantie, die
durch einen solidarisch finanzierten Zukunftsfonds abgesichert ist.

77 4. Eine Reform der Arbeitslosengelder

78 Die Arbeitslosenversicherung ist ein zentraler Pfeiler sozialer Absicherung in
79 Deutschland. Doch mit der neoliberalen Agenda 2010 wurde sie
80 systematisch geschwächt. Unter dem Druck marktradikaler Narrative wurde der
81 Zugang zum Arbeitslosengeld I (ALG I) verschärft und damit viele Menschen
bewusst in die soziale Unsicherheit gedrängt. Es ist Zeit, diesen Kurs zu

korrigieren! Es braucht eine grundlegende Reform des ALG I, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – nicht an angeblichen Interessen des Arbeitsmarktes.

82 Die Reformen der Agenda 2010 haben das ALG I zu einem Instrument der
83 Disziplinierung umgebaut. Statt solidarischer Absicherung steht heute das Prinzip
der Verwertbarkeit im Vordergrund. Wir fordern die Rückabwicklung dieser Logik
zugunsten eines modernen, sozialen Sicherungssystems.

84 Die Hürde, mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet zu haben,
85 um ALG I zu erhalten, schließt viele prekär Beschäftigte
86 systematisch aus. Wir fordern die Verkürzung dieser Anwartschaftszeit auf 6
87 Monate, um auch Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien ein Recht
88 auf Absicherung zu garantieren. Gerade ältere Menschen haben es schwer, nach dem
89 Verlust eines Arbeitsplatzes wieder in Beschäftigung zu kommen. Statt
90 ihnen am Ende der Erwerbsbiografie durch den Wegfall ihres Lohns und des
lohnersetzenden ALG I den Boden unter den Füßen wegzuziehen, müssen wir sie
längerfristig absichern. Es braucht deshalb eine Mindestbezugsdauer von 24
Monaten für alle und eine Bezugsdauer von bis zu 32 Monate für Menschen
über 55. Wer selber kündigt, darf nicht länger mit einer Sperrzeit bestraft
werden. Wir fordern: Einen Anspruch auf ALG I auch bei einvernehmlicher
oder einseitiger Kündigung – ohne Sanktionen!

91 Aber nicht nur die Arbeitslosenversicherung, sondern auch das Bürgergeld muss
92 dringend auf links gedreht werden. Das Bürgergeld sollte ein
93 sozialpolitischer Aufbruch sein – weg von den Repressionsinstrumenten des „Hartz-
IV“-Systems, hin zu mehr Solidarität und echter Teilhabe. Doch viele
Elemente alter Denkweisen haben überlebt und die Koalition aus Union und SPD
plant sogar wieder die Abschaffung des Bürgergeldes.

94 Wir als GRÜNE JUGEND sagen: Eine solidarische Grundsicherung darf nicht durch
Zwang, Sanktionen und Angst geprägt sein.

95 So ist die aktuell diskutierte Möglichkeit eines vollständigen Leistungsentzugs
96 bei sogenannten „Totalverweigerern“ verfassungsrechtlich mehr als
97 fragwürdig und sozialpolitisch unverantwortlich. Wir lehnen jede Form der
98 kompletten Streichung von Leistungen ab! Mehr noch: Wir fordern deshalb die
99 vollständige Abschaffung der Sanktionen im Bürgergeld. Sanktionen erzeugen
Misstrauen und setzen auf Kontrolle statt auf Kooperation. Sie bekämpfen
Armut mit noch mehr Armut – und setzen die falschen Prioritäten in der
Grundsicherung. Das Existenzminimum darf niemals zum Druckmittel werden, um
Menschen in prekäre Arbeit zu zwingen. Unterstützung muss bedingungslos ankommen
– ohne Angst vor Entzug.

100 Die neue Bundesregierung plant die Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs,

101 also der Pflicht, zumutbare Arbeit vor zum Beispiel Weiterbildung oder
102 Umschulung anzunehmen. Das ist ein Rückfall in alte Muster. Statt Menschen dabei
103 zu unterstützen, Perspektiven zu entwickeln, wird wieder kurzfristige
104 Verwertbarkeit über alles gestellt. Die bisherigen Regelbedarfe sind zu niedrig
und werden auf Basis eines Methodensystems berechnet, das nicht
ausreichend in der Lage ist, Regelbedarfe zu bemessen, die dem soziokulturellen
Existenzminimum entsprechen. Statt minimaler Anpassungen fordern wir
eine grundlegende Reform der Regelbedarfsbemessung. Ziel muss ein Betrag sein,
der wirklich gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

105 5. Den Schutz des 8-Stunden Tages und eine 4 Tage Woche für alle!

106 Unsere Zeit ist kostbar. Doch während Millionen Menschen unter Stress,
107 Überarbeitung und psychischer Belastung leiden, wollen Union und SPD das
108 Arbeitszeitgesetz aufweichen und die werktägliche Höchstarbeitszeit abschaffen
109 und lediglich eine Obergrenze für die Wochenarbeitszeit einführen. Das
ist ein Angriff auf den täglichen Schutz unserer Gesundheit, unserer Freizeit und
unserer Lebensqualität. Unsere Antwort auf den Wandel der
Arbeitswelt ist nicht Deregulierung – sondern Arbeitszeitverkürzung!

110 Die tägliche Höchstarbeitszeit von 8 Stunden – mit Ausnahmen bis 10 Stunden – ist
111 ein zentrales Schutzinstrument für Arbeitnehmer*innen und einer der
112 wesentlichen Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung. Sie wurde nicht
113 eingeführt, um die Wirtschaft zu gängeln, sondern um Menschen vor
114 Überlastung und gesundheitlichen Schäden zu schützen. Deshalb fordern wir die
Einführung einer 4-Tage Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie schafft Zeit
für Familie, Ehrenamt, Bildung, politisches Engagement. Wir lehnen jede Lockerung
oder Abschaffung dieser Schutzgrenze entschieden ab. Flexible
Arbeitszeit darf nicht zur Dauererreichbarkeit oder Selbstausbeutung führen. Wir
wollen Selbstbestimmung – nicht Selbstausbeutung.

115 Unsere politischen Forderungen zusammengefasst:

- 116 • Europäische Mindestlohnlinie endlich umsetzen und zeitnah den Mindestlohn
auf mindestens 16,50 Euro erhöhen
- 117 • Begrenzung des Lohnabstand in Unternehmen
- 118 • Eine Erweiterung des Antidiskriminierungsgesetz bei der Jobsuche mit
regelmäßigen Schulungen und Sanktionsmöglichkeiten gegen Arbeitgeber*innen

- 119 • Gute Ausbildung für alle mit solidarischer Kostenverteilung durch eine
120 umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie mit gemeinsamen Fonds von
Unternehmen
- 121 • Kein kompletter Leistungsentzug – Menschenwürde ist unteilbar! Die aktuell
122 diskutierte Möglichkeit eines vollständigen Leistungsentzugs bei
123 sogenannten „Totalverweigerern“ ist ein klarer Bruch mit dem Grundsatz des
124 menschenwürdigen Existenzminimums. Wir lehnen jede Form der
Streichung von Leistungen ab – sie ist verfassungsrechtlich fragwürdig und
sozialpolitisch unverantwortlich. Das Existenzminimum darf niemals
zum Druckmittel werden.

125 Und was können wir als Grüne Jugend tun?

- 126 • An der Seite der Zivilgesellschaft kämpfen und vernetzen: Neben
127 Demonstrationen zum 1. Mai gibt es im Jahr viele Möglichkeiten darüber
128 hinaus,
129 Gewerkschaften, Arbeiter*innen und Sozialverbände in ihrem Kampf zu
unterstützen. Das Beste, was wir als GRÜNE JUGEND tun können, ist deshalb
vor Ort Bündnisse zu schmieden, auf Demonstrationen gehen und zum Beispiel
mit den Jugendauszubildendenvertretungen und Jugendgewerkschaften vor
Ort zusammenarbeiten
- 130 • Öffentlichkeit nutzen: Ein wirksames Mittel, das wir haben, um auf
131 Missstände aufmerksam zu machen und für unsere Positionen zu kämpfen, ist
132 Öffentlichkeitsarbeit. Egal ob in einem Reel, als Plakataktion an der
nächsten Laterne oder etwas ganz anderes, Sichtbarkeit ist ein wichtiges
Mittel um Themen zu setzen.
- 133 • Bildungsarbeit: Um zu verstehen, warum es diese Kämpfe braucht, müssen wir
134 eine gemeinsame inhaltliche Grundlage schaffen. Dafür eignen sich
Aktiventreffen, Debattenorte oder sonstige Formate um sich mit dem Themen
eingehend zu beschäftigen.
- 135 • Verbündete für uns nutzen: Die Grünen können ein wichtiger strategischer
136 Partner sein, wenn es darum geht, unsere Ideen als politische
137 Forderungen in die Parlamente zu tragen. Dafür müssen wir im direkten
Gespräch und auf Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen soziale Themen
in den Fokus setzen und konsequent dafür streiten.

138 Für uns als Grüne Jugend steht deshalb fest: Wir geben das gute Leben für alle nicht auf und kämpfen konsequent für Umverteilung und Solidarität!